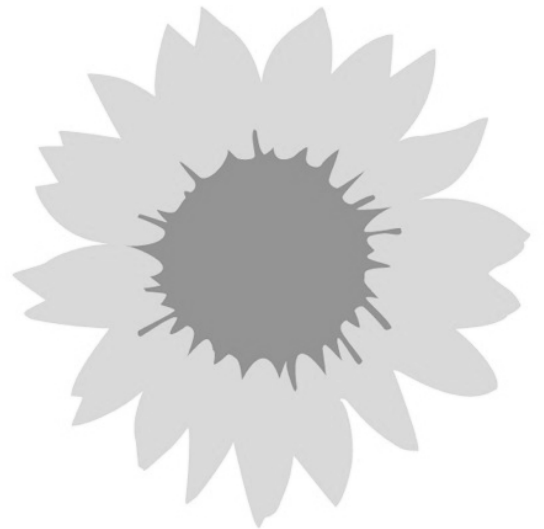


# Es griene Blädsche



Nr. 276

Dezember 2013

e-Mail: kv @gruene-dadi.de  
Internet: <http://www.gruene-dadi.de>

## Einladung zur Kreismitgliederversammlung

am Mittwoch, den 11. Dezember 2013 um 20:00 Uhr  
in Mühlthal, Ortsteil Nieder-Ramstadt  
Gaststätte Brückenmühle  
im Bürgerzentrum, Ober-Ramstädter Str. 2

### Top 1: Begrüßung und Protokoll

### Top 2: Stand der Koalitionsverhandlung

Diskussion im Hinblick auf die Abstimmung zu dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und GRÜNE am 21.12.2013 auf der LMV in Frankfurt

### Top 3: Europawahl 2014

Diskussion und Vorbereitung des Wahlkampfes

Der Entwurf des GRÜNEN-Europawahlprogrammes 2014 ist abrufbar unter:

[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/EP-Wahlprogrammwurf.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/EP-Wahlprogrammwurf.pdf)

Bis zum 20. Dezember 2013 können Änderungsanträge gemeinsam formuliert, vorgestellt und um Unterstützung dafür geworben werden:

[https://wurzelnwerk.gruene.de/group/1570763/forum/-/message\\_boards/category/4390520/maximized?\\_19\\_categoryId=4390520](https://wurzelnwerk.gruene.de/group/1570763/forum/-/message_boards/category/4390520/maximized?_19_categoryId=4390520)

### Top 4: Antrag Regionalbüros

Der Antragstext steht auf Seite 3.

Top 5: **Anfrage zur Aufarbeitung der Einflussnahme pädophiler Strömungen auf Grüne Wahlprogrammen der 80er Jahre.** Erläuterungen hierzu findet ihr auf Seite 5.

Top 6: **Berichte** aus der Kreistagsfraktion und den Ortsverbänden

Top 7: **Verschiedenes**

**Der Frosch im Brunnen ahnt nichts von der Weite des Meeres.**

**Aus China**

Auf dem außerordentlichen Parteirat am 25.11.13 wurde mit 90 % Zustimmung beschlossen, die Verhandlungen zu einer Koalition mit der CDU aufzunehmen. Am 21.12.2013 wird dann über den vorgelegten Koalitionsvertrag abgestimmt.

Die Wellen schlagen hoch, in die eine aber auch in die andere Richtung. Von völliger Ablehnung bis hin zu interessierter Gelassenheit ist gerade Bandbreite der Emotionen, die diese Entscheidung entfacht hat.

In der Krise liegt immer auch eine Chance.

Es bleibt spannend.

Susanne Hoffmann-Maier



## Protokoll der KMV am 20. November 2013 in Nieder-Ramstadt

### Top 1: Begrüßung

Iris bedankt sich für die Unterstützung im Wahlkampf, Protokoll: übernimmt Susanne Es wird ein Antrag zur Tagesordnung gestellt, eine Missbilligung auszusprechen, den Termin der Landesmitgliederversammlung auf den 21.12.2013 zu legen. Lt. Satzung muss darüber abgestimmt werden. Der Antrag wird mit 15 JA, 7 Nein und 1 Enthaltung angenommen. Über den Antrag wird nach Top 4 als neuer Top 5 abgestimmt. Die Vorsitzende der GRÜNEN Jugend Darmstadt möchte für einen Zusammenschluss der GRÜNEN Jugend DA und DA-DI werben. Die restlichen Tops verschieben sich entsprechend.

### Top 2: Neuwahl des Kreisvorstandes

Von 33 Anwesenden sind 29 Wahlberechtigt. Christian zieht eine Bilanz der letzten beiden Jahre. Wir haben sowohl kommunale Themen (Windkraft, Breitband, U3-Betreuung, KiFög) sowie zur Internationalen Politik aufgegriffen. 2013 war von zahlreichen Wahlveranstaltungen und der dazu gehörigen Organisation geprägt. Er verweist auf die Halbzeit im Kreistag. Es beginnt eine lebhaft Diskussion, hier ein paar Stichpunkte: wir brauchen neues Personal, die interne Kommunikation muss verbessert werden, die Kommunikation zur Kreistagsfraktion und den Arbeitskreisen muss besser vernetzt werden. Öffentlichkeitsarbeit fehlt, Vernetzung zwischen den Ortsverbänden fehlt, es sollte ein Themenpool angelegt werden zu bestimmten Themen wie z.B. Schulentwicklungsplan. Mit dem Blick auf die Wahlen müssen die Kontakte besser vernetzt werden. Es wird angeregt an unterschiedlichen Orten im Landkreis zu tagen, z.B. in den Gemeinden in denen es keine GRÜNEN Ortsverbände gibt. Es soll Kontakt mit der GRÜNEN Jugend in Darmstadt aufgenommen werden. Hierzu gibt es bereits einen Termin Anfang Dezember. Es wird erwidert, dass Kommunikation in zwei Richtungen laufen muss, die OV's müssen ihre Infos an den KV geben, dann kann es gesammelt und für alle zur Verfügung gestellt werden. Es wird bemängelt, dass die Kreistagsfraktion nicht präsent sei. Für die Europawahl muss die Organisation so früh wie möglich beginnen. Ein Thema für die Kommunalpolitik sollte die Verlängerung der B38 in Messel sein. Dazu sollte es eine Veranstaltung geben. Es gibt auch Mitglieder die nicht die Flut der Infos wollen. Es stellt sich die Frage, wie wir die Presse aktivieren können, dass mehr veröffentlicht wird. Es soll offener kommuniziert werden und die öffentliche Wahrnehmung muss gestärkt werden. Es wird der Vorschlag gemacht, dass Wurzelwerk für die Sammlung der Informationen zu nutzen. Es wird darauf verwiesen, dass immer Fragen an Christel als Dezernenten gestellt werden können. Die Aktualität sowie der Inhalt der Homepage wurden kritisiert. Sofia, Vertreterin der GRÜNEN Jugend bietet eine Wurzelwerkschulung an. Die GRÜNE Jugend kommuniziert mehrheitlich über das Wurzelwerk. Dort könnte ein Tool mit Anträgen, Terminen usw. angelegt werden. Von jedem OV's müsste eine Person sich zuständig erklären, nur auf freiwilliger Basis geht das nicht.

Die Kandidaten stellen sich kurz vor. Sebastian Stöveken kandidiert neu. Christel Fleischmann kandidiert ebenfalls, auch wenn er leider nicht anwesend sein kann. Es wird der Beschluss gefasst, dass die Zahl der Beisitzer\*innen um 1 Person auf 5 Personen erhöht wird. Bei 5 Enthaltungen wird dies mehrheitlich angenommen. Zum Wahlvorstand werden Ramona und Sofia bestimmt. Es werden in geheimer, schriftlicher Wahl wie folgt gewählt: **Christian Flöter** als Sprecher mit 23 JA und 6 Neinstimmen. **Susanne Hoffmann-Maier** als Kreisschatzmeisterin mit 29 Jastimmen. Als Beisitzer\*innen werden **Christel Fleischmann** mit 20 Ja, **Christoph Gaa** mit 29 Ja, **Vera Baier** mit 24 Ja, **Iris Schimpf-Reeg** mit 22 Ja und **Sebastian Stöveken** mit 23 Jastimmen gewählt. Alle nehmen die Wahl an. Da die Organisation der Kommunalwahl Mitte 2015 beginnt, sollte die Kreisvorstandswahl nach der Sommerpause stattfinden.

### Top 3: Wahl der Delegierten für den Parteirat

Christian erläutert, dass der Parteirat der kleine Parteitag zwischen den Landesmitgliederversammlungen ist. Sowohl der Kreisvorstand wie auch die Kreistagsfraktion haben das Vorschlagsrecht für 1 Delegierte sowie die Ersatzdelegierte. Für die Kreistagsfraktion wird Friedel Battenberg, Ersatzdelegierte Susanne Hoffmann-Maier vorgeschlagen. Für den Kreisvorstand wird Iris Schimpf-Reeg, Ersatzkandidatin Vera Baier vorgeschlagen. Es wird die Frage an die Delegierten gestellt, wie sie zu einer Koalition von Schwarz/Grün stehen. Mehrheitlich ist die Antwort, dass es skeptisch gesehen wird und Rot/rot/grün die gewünschte Option sei. Dennoch sollte man Gespräche führen, da die Wahlen nicht anders ausgegangen sind. Lediglich Friedel sah große Probleme auf die GRÜNEN zukommen. Es entbrannte eine sehr emotionale Diskussion, bei der Prophezeit wurde, dass viele Mitglieder austreten werden. Einige Mitglieder zeigten sich über die Sinneswandlung verwundert. Es wurde in den Raum gestellt, es gehe nur um Posten. Es wurde daran erinnert, dass wir in der Koalition mehr zum Thema Fluglärm bewirken können als in der Opposition. Es wurde die Aussage gemacht, dass die GRÜNEN einen Politikwechsel wollten, daher müsse man jetzt konsequenterweise in die Opposition gehen. Mit der CDU ist keine Zusammenarbeit möglich, die „führenden“ GRÜNEN hätten das Gefühl verloren, was an der Basis los sei. Die gemeine Wahl ergab folgendes Ergebnis: **Friedel** wurde mit 21 Ja als Delegierter, **Susanne** mit 19 Ja als Ersatzdelegierte für die Fraktion gewählt, **Iris** wurde mit 20 Ja und **Vera** mit 17 Ja als Ersatzdelegierte gewählt für den Vorstand bei 7 Neinstimmen. Alle nahmen die Wahl an.

### Top 4: Wahl für den hessischen Frauenrat

In geheimer Wahl wurden **Iris Schimpf-Reeg** mit 24 Jastimmen als Delegierte gewählt, **Renate Schäfer-Baab** mit 25 Jastimmen als Ersatzdelegierte bei 4 Neinstimmen. Sie nahmen die Wahl an.

### Top 5: Antrag auf Missbilligung der Festlegung des Ter-

### **mins der LMV auf den 21.12.2013**

Torsten verliest den Antrag und stellt ihn zur Abstimmung. Christian Flöter erläutert, warum kein anderer Termin möglich sei. Es wird nachgefragt, warum hier keine Urwahl, also eine schriftliche Abstimmung vorgesehen sei. Es wird erläutert, dass dies nicht in der Satzung steht und jede\*r auf die LMV kommen kann, um abzustimmen. Der Antrag wird mit 8 Nein und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen und dem Landesvorstand übermittelt. Der Text wird im EGB 276 veröffentlicht.

### **Top 6: Grüne Jugend**

Sofia berichtet, dass die GRÜNE Jugend Darmstadt durch Wegzug nur noch aus 4 Leuten besteht. Sie regt an, dass der KV DA und DA-DI sich zusammenschließen, zumal in der Vergangenheit immer Mitglieder aus dem Landkreis dort mitgemacht haben. Der Kreisvorstand unterstützt dies und hat davon unabhängig bereits einen Termin mit dem Kreisvorstand Darmstadt vereinbart. Sobald die Formalien geklärt sind, wird die GRÜNE Jugend alle Kontakte anschreiben und für die Belegung der GRÜNEN Jugend werden. Die Ortsverbände sollen dies auch tun.

Reiner Raab vom OV Groß-Zimmern fragt an, wie mit seinem Antrag zur Aufarbeitung der pädophilen Strömungen verfahren wird. Der Kreisvorstand regt an, den Antrag fristgerecht einzureichen und im nächsten EGB zu veröffentlichen. Er soll dann auf der nächsten KMV am 11.12. beraten werden. So hat jedes Mitglied die Chance sich an dem Thema zu beteiligen und mit zu diskutieren. Unter diesem TO wird angefragt, ob die Kreisvorstandssitzungen öffentlich sind und wie man die Termine erfahren kann. Es wird angeregt sich mit dem Thema Nachwuchsförderung zu beschäftigen. Sofia berichtet, dass es auf Landesebene eine gute Organisation der GRÜNEN Jugend gibt.

### **Top 7: Bericht über die BDK**

Friedel berichtet kurz von der sehr sachlichen Stimmung, den Neuwahlen des Bundesvorstandes sowie, dass einheitlich die Stimmung vorherrschte, dass das Wahlprogramm gut ist, nur die Akzente falsch gesetzt wurden. Er begrüßte, dass Micheal Kellner neuer Geschäftsführer wurde und das Tarek mit 71 wieder in den Parteirat gewählt wurde. Die GRÜNEN müssen klarstellen, dass sie die einzige Partei sind, die auf Europa Wert legen.

### **Top 8. Wahlachlese**

Es wurde nochmal thematisiert, dass die Wahl des Ortes für die LMV nicht ausschlaggebend sein kann, dass wir unsere Kandidat\*innen nicht durchsetzen konnten. Gießen ist die Mitte von Hessen und wenn uns als GRÜNE etwas wichtig ist, müssen wir uns die Zeit nehmen. Es wird in diesem Zusammenhang nochmal über die Möglichkeiten zur Urwahl diskutiert. Diese ist in der Satzung nicht vorgesehen. Satzungsänderung sind in der Vergangenheit immer gescheitert. Es wird angeregt, den Blick nach vorne zu lenken und für den 21.12.13 einen Bus zu organisieren, um den Zusammenhalt und das Wir-Gefühl zu stärken. Es wird befürchtet, dass Südhessen vom Infostrang der Landtagsfraktion abgehängt wird, da wir keine Abgeordnete aus der

Region haben. Es wird angeregt, dass der Landesverband eine hauptamtliche Stelle schafft, die für die Orts- und Kreisverbände zur Verfügung steht und diese inhaltlich unterstützt. Es wird noch einmal über das Delegiertenprinzip gesprochen. Es wird vereinbart, dass wir eine gemeinsame Anreise zur LMV mit der Bahn organisieren. Wir müssen mehr mobilisieren. Es sollen in Zukunft Anträge auf der LMV gestellt werden. Sinnvoll wäre eine Zusammenarbeit mit den KV DA, Groß-Gerau, Bergstraße und Odenwald. Es wird beschlossen, dass ein Apell an die Landtagsfraktion verabschiedet wird, dass die Regionalbüros gleichmäßig in Hessen verteilt werden. Der Kreisvorstand wird hierzu einen Antrag formulieren und auf der nächsten KMV zur Abstimmung stellen.

### **Top 9: Verschiedenes**

Es wird gefragt, ob es noch Kontakte zum Partnerkreis Zwickau gibt. Dies wird bejaht. Sebastian berichtet von der BI in Dieburg zur geplanten Bebauung von Figge. Es sei eine schwere Entscheidung für die Stadt, zumal auch das Umland betroffen ist. Es wird angeregt, die Versprechungen nach Gewerbesteuer kritisch zu hinterfragen. Es wird der Wunsch geäußert, dass die GAK eine Veranstaltung zur Gewerbeansiedlung und Gewerbesteuer anbietet, da hier niemand wirklich Durchblick hat. Friedel berichtet zur Betreuenden Grundschule. Es wird derzeit ein Konzept entwickelt um die Mittel gerechter zu verteilen. Die CDU hat die Verfahrensweise beanstandet, weil die Bürgermeister in die Beratungen eingebunden wurden. Es wird weiter in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe verhandelt. Es wird auf die Verlegung der Stolperseine am 21.11. in Jugenheim hingewiesen. Zum Thema Rechtsradikalismus findet am 12. November ein Runder Tisch statt.

\*\*\*\*\*

### **Antrag zu Top 4: Regionalbüros**

Die KMV möge beschließen:

**Die Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Hessen werden gebeten, bei der Einrichtung ihrer Regionalbüros für eine gleichmäßige Verteilung und eine optimale Vernetzungen mit allen Kreisverbänden in Hessen Sorge zu tragen. Der Fraktionsvorstand wird aufgefordert, das Thema auf die Tagesordnung der Fraktionssitzung zu setzen und im Parteirat zu berichten. Außerdem sollte das Gespräch mit den hessischen Bundestagsabgeordneten gesucht werden, um diese mit ihren Regionalstellen in die Planung mit einzubeziehen.**

Begründung: Die Regionalmitarbeiterinnen und -mitarbeiter leisten wichtige Netzwerkarbeit zwischen der Landtagsfraktion und den lokalen Fraktionen und Gliederungen. Durch die schlechteren Wahlergebnisse bei Bundes- und Landtagswahl wird die Zahl dieser Regionalstellen entsprechend abnehmen. Deshalb ist es umso wichtiger, die verbliebenen Regionalbüros optimal in Hessen zu ver-

teilen, damit auch die Vernetzung zu den kommunalen Fraktionen und den Kreis- und Ortsverbänden optimal gestaltet werden kann. Dafür müssen alle Abgeordneten gemeinsam planen, wo ihre Regionalbüros angesiedelt werden und wie sie mit den Gliederungen verknüpft werden können. Die Häufung von 2 oder mehr Regionalbüros an einem Ort ist nicht akzeptabel.

Eine optimale Vernetzung gewinnt vor dem Hintergrund der beschlossenen Koalitionsverhandlungen mit der CDU noch einmal eine zusätzliche Bedeutung. Wir befinden uns gerade in der Halbzeit der Kommunalwahlperiode. Wenn es zu einer schwarz-grünen Regierung in Hessen kommt, werden die daraus resultierenden Prozesse besonders gut kommuniziert werden müssen, damit die gute Arbeit in den Kommunen nicht durch ein schlechtes Wahlergebnis

.....  
: Auf der Kreismitgliederversammlung am 20.11.2013 :  
: wurde folgender Antrag mit 2/3 Mehrheit auf die Tages- :  
: ordnung genommen. :

: Er wurde mit 21 Jastimmen, 6 Neinstimmen und 1 Ent- :  
: haltung angenommen. :

: **Antrag** :  
: **Der Kreisverband B90/Die GRÜNEN Darmstadt-Dieburg** :  
: **drückt sein Missfallen darüber aus, dass die Landesmit-** :  
: **gliederversammlung (LMV) auf den 21. Dezember 2013** :  
: **verlegt wurde.** :

: Begründung: :  
: Die ursprünglich für den 30. November angesetzte Lan- :  
: desmitgliederversammlung, auf der wir einerseits einen :  
: neuen Landesvorstand wählen, als auch, so man den :  
: aktuellen Entwicklungen entnehmen kann, über einen :  
: Antrag des Landesvorstands bezüglich einer Koalition auf :  
: Landesebene abstimmen sollen. :

: Aufgrund der laufenden Koalitionsgespräche scheint :  
: eine Einigung bis zum 30.11. , dem Termin zu dem die :  
: LMV ursprünglich angesetzt war, kaum möglich und eine :  
: Verschiebung ergibt daher Sinn. :

: Der gewählte Termin selbst ist aber unserer Ansicht nach :  
: sehr ungünstig gewählt. Es handelt sich um den letzten :  
: Samstag vor Weihnachten, zudem haben die Weih- :  
: nachtsferien in Hessen schon begonnen. :

: Es steht daher zu befürchten, dass die Beteiligung der :  
: Basis an der LMV sehr gering ausfallen wird und selbst :  
: die Anwesenden den Wunsch haben, die LMV schnell :  
: hinter sich zu bringen, um wieder nach Hause zu kom- :  
: men. :

: Das ist der Wichtigkeit beider Entscheidungen nicht an- :  
: gemessen. :

: Die Koalitionsentscheidung gilt für 5 Jahre, der Landes- :  
: vorstand wir für 2 Jahre gewählt. Somit sollten diese :  
: Entscheidungen eine große Legitimation haben, was bei :  
: einer geringen Wahlbeteiligung nicht gegeben ist. :

: Der Antragstext wurde am 21.11.2013 an den Landes- :  
: vorstand weitergeleitet. :  
: .....

## Bericht über die BAG Frauen in Hamburg vom 08. bis 10.11.2013 in Hamburg

Iris Schimpf-Reeg

Zunächst wurde natürlich das Wahlergebnis diskutiert.

Auch in diesem Kreis war man sich einig, dass der Wahlkampf gegen die Medien geführt werden musste, dass Veggie-Day und die Pädophiliedebatte viele Stimmen gekostet haben. Daneben wurde aber auch bedauert, dass Frauenpolitik zu wenig thematisiert wurde.

Nach einem kurzen Austausch über die Arbeitsweise der letzten 2 Jahre und dem Rechenschaftsbericht wurden die Sprecherinnen gewählt. Doris Wagner trat nicht wieder an, sie kam in den Bundestag.

Es wurden gewählt: Sandra Hildebrandt (Berlin) und Mareike Engels (HH).

Es folgte ein Referat zum Thema Erzieherinnenausbildung von Regine Geraedts, Referentin für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bei der Arbeitnehmerkammer Bremen.

Die Referentin ging auf die unterschiedliche Entwicklung der Ausbildung von Jungen und Mädchen ein. Sie machte deutlich, dass die sogenannten „wohltätigen“ Berufe vor allem als schulische Ausbildung organisiert wurden und Mädchen hier durch benachteiligt wurden, da die Jungen in der Regel in den gewerblichen Berufen direkt einstiegen, mit Einkommen, Rentenversicherung und Mitbestimmung. Heute beträgt die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher je nach Bundesland 3-5 Jahre. Die Diskussion wird z.Zt. darum geführt, ob dieser Beruf akademisiert werden soll, also eine Ausbildung an Uni oder Fachhochschule erfolgen soll, oder ob man nicht vielleicht besser in Richtung Dualisierung gehen sollte. Dies wird aktuell in Baden-Württemberg getestet und hat den großen Vorteil, dass Azubis gleich in die Kita kommen können und so der Personalmangel schneller abgedeckt werden kann.

Diese Diskussion soll aber gemeinsam mit der BAG Bildung geführt werden, dafür hat sich eine Kleingruppe bereit erklärt.

Nach den Länderberichten folgte ein Vortrag zum Thema Sexismus in der Werbung, mit erschreckenden Bildbeispielen. Aber sicher hat jeder von uns schon genügend Beispiele gesehen. Die Werbewirtschaft hat zwar ein Forum der Selbstkontrolle, dies funktioniert aber nicht. Es bleibt wenig bis keine Selbstkritik. Wir werden bei Juristinnenbund und dem Bund feministischer Juristinnen anfragen, ob und wie wir uns vernetzen können um vielleicht gn.

Sonntags begann der Tag mit einem Referat zu den europäischen Institutionen und Berichten aus der Europa-Fraktion.

Zum Schluss stand das Thema Prostitution und Menschenhandel auf der Agenda. Wenige Tage zuvor kam der Aufruf von Alice Schwarzer heraus, von dem sich Frauen aus der Bundestagsfraktion angegriffen fühlten. Um was geht es? Alice Schwarzer macht das von rot-grün gemachte Prostitutionsgesetz dafür verantwortlich, dass die Prostitution Ausmaße angenommen hätte, die sofortiges Handeln nötig mache (rot-grün werden als Zuhälter bezeichnet). Der Auf-

ruf wurde von vielen Prominenten unterzeichnet, aber auch von Frauen aus der BAG.

Monika Lazar aus der Fraktion stellte fest, dass die Intention des Gesetzes zunächst die Legalisierung war. Es sollte Rechtssicherheit hergestellt werden und den Frauen auch die Möglichkeit gegeben werden sich zu versichern. Inzwischen ist klar, dies wird nur von sehr wenigen genutzt und Prostitution als ein Beruf wie jeder andere geht eben doch nicht so einfach. Mit Recht verwies Monika Lazar darauf, dass in der Öffentlichkeit eine unzulässige Vermischung zwischen Prostitution und Menschenhandel stattfände und Menschenhandel selbstverständlich verboten sei.



Die Stimmung in der Gruppe war uneinheitlich und es blieb noch jede Menge Gesprächsbedarf der in einer folgenden BAG Sitzung abgearbeitet werden soll. Das Thema ist schwierig und da allen Akteuren gerecht zu werden ist vermutlich nicht möglich, zumal wenn Frau im Grunde ihres Herzens die Prostitution am liebsten abschaffen würde, wie in Schweden.

Erläuterungen zu Top 5: Reiner Raab aus Groß-Zimmern hat folgende Anfrage zur Aufarbeitung der Einflussnahme pädophiler Strömungen auf Grüne Wahlprogramme der 80er Jahre gestellt und bezieht sich auf den Parteiratsbeschluss vom 2.11.2013:

Im Parteirat der GRÜNEN Hessen wurde folgender Beschluss gefasst:

1. **Der Landesverband forscht in allen verfügbaren Dokumenten nach entsprechenden Passagen, ggf. auch mit Hilfe der Befragung von Mitgliedern, die in den 80er Jahren aktiv waren. Gleiches empfiehlt er den Kreisverbänden.** Relevant dafür sind 25 insbesondere Beschlüsse bzw. Programme und Protokolle im Zeitraum zwischen der Gründung und dem Jahr 1990.
2. Bis Mitte nächsten Jahres werden die einzelnen Ergebnisse auf einem Parteirat zusammengetragen, diskutiert und ggf. weitere Konsequenzen erörtert.
3. Im Rahmen eines Hearings sollen die Erkenntnisse des Göttinger Instituts für 30 Demokratieforschung vorgestellt und mit verschiedenen Experten diese sowie die der internen Aufarbeitung diskutiert werden. Ziel der Veranstaltung ist es zum einen, diese Resultate vor dem zeithistorischen Kontext zu beleuchten und mögliche Spezifika in der Grünen Partei zu ermitteln. Zum anderen soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern Forderungen zur Straffreiheit von Pädophilie in 35 der damaligen Zeit Einfluss auf das gesellschaftliche Klima und das Verhalten von Menschen mit pädophilen Neigungen hatten.

**Anfrage: welche Schritte will der KV hier gehen bzw. was gedenkt er zu unternehmen?**

## Greenprimary - Gut gemeint, aber auch gut gemacht?

Torsten Leveringhaus

Im Jahr 2014 findet die achte Europawahl statt, bei der das europäische Parlament direkt gewählt wird. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Europawahlen betrug nur 43,1 %, die Gründe dafür sollen nicht Teil dieses Beitrages sein.

Eine größere Wahlbeteiligung wäre aber aus vielen Gründen wünschenswert. Die demokratische Legitimation ist größer und gleichzeitig profitieren populistische und extremistische Gruppen von einer niedrigen Wahlbeteiligung.

Um eine größere Wahlbeteiligung zu erreichen, versuchen die Grünen im Europaparlament bei dieser Wahl schon im Vorfeld, so viele Menschen wie möglich einzubinden.

Seit dem 10. November kann jede\*r europäische Bürger\*in, die/der über 16 Jahre alt ist, die Spitzenkandidat\*innen der European Green Party (EGP) wählen. Eine Mitgliedschaft bei einem Grünen Landesverband ist nicht notwendig. Also Bürger\*innenbeteiligung wie sie sein sollte?

### Die Möglichkeiten des Internets als Antwort

Solch eine Wahl ist natürlich mit erheblichem organisatorischen und finanziellen Aufwand verbunden. Laut der EGP ist eine Abstimmung, wie wir sie in Deutschland für unsere Spitzenkandidat\*innen zur Bundestagswahl abgehalten haben, in dieser Form deswegen nicht möglich.

Da man aber die Menschen einbinden wollte, wählte man die Möglichkeit der Onlineabstimmung.

Viele von uns haben sicherlich noch in Erinnerung, wie umständlich und lange das Auszählen bei der Wahl am 22. September war. Doch so schön die Vorstellung ist, sich dieser Arbeit durch einen Computer zu entledigen, zu groß sind die Risiken.

Wahlcomputer sind sehr leicht manipulierbar, wie es vom Chaos Computer Club schon vorgeführt wurde. Wobei die Manipulation hier nur an einem Ort, dem Wahlcomputer selber stattfinden kann.

### Risiken der Wahl

Bei der nun stattfindenden Wahl gibt es aber nicht nur einen Ort, an dem manipuliert werden kann, sondern gleich drei verschiedene.

Dies wäre zunächst natürlich der Server selber, auf dem die Software läuft welche für die Wahl hinterlegt ist. Nach Auskunft von Reinhard Bütikofer stehen die Server in Barcelona und werden von einer jungen Firma betrieben, die von Mathematikstudenten der Universität Barcelona gegründet wurde und bisher noch nicht erfolgreich gehackt wurde.

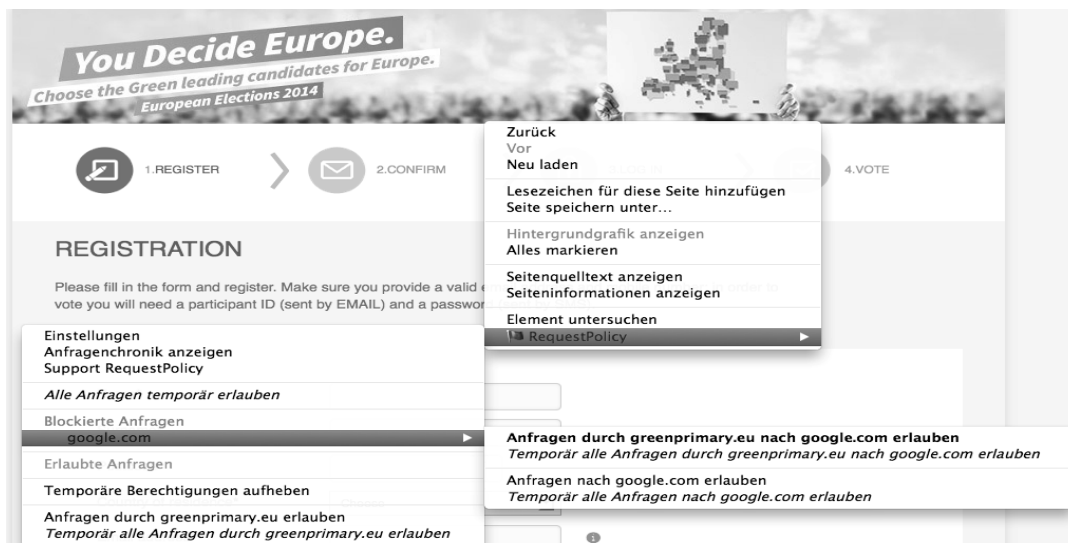
Um dies zu testen, wurde auch ein Hacker engagiert, der in das System eindringen soll. Unklar ist, ob man erfahren würde, wenn der im Netz als Fukami bekannte Hacker ins System eindringen kann.

Eine zweite Möglichkeit der Manipulation besteht auf Seiten der Wähler\*innen. Bei der Anmeldung muss man zwar viele Daten angeben, doch Mehrfachanmeldungen können nicht ausgeschlossen werden. Hier kann nicht sichergestellt werden, dass tatsächlich derjenige wählt, dessen Daten benutzt werden. Auch besteht die Gefahr, dass von Gruppierungen, die den Grünen schaden wollen, eine Kampagne gestartet wird, welche das Wahlergebnis entscheidend beeinflussen kann.

### Datenschutz!?

Die dritte Möglichkeit zur Manipulation ist der Weg der Daten von den Wählern zum Server. Hier kommt aber noch ein anderer,

mithin der größte Kritikpunkt ins Spiel.



Man muss sich fragen, ob man auf Seiten der europäischen Grünen die letzten Monate keine Presse gelesen hat. Alle Enthüllungen zum Thema NSA, GCHQ, Tempora etc. zeigen ganz deutlich, dass unsere Daten auf dem Weg durch die Kabel der Welt abgezapft werden. Was vor dem Start des Verfahrens verschwiegen wurde ist die Nutzung von Google Software. Bei der Registrierung auf [www.HYPERLINK "http://www.greenprimary.eu/"](http://www.greenprimary.eu/)  [\[werden Daten an die Server von Google gesendet. Dies ist bestenfalls unglücklich, ich würde es sogar als grob fahrlässig bezeichnen.\]\(http://www.greenprimary.eu/\_HYPERLINK \)](http://www.greenprimary.eu/greenprimaryHYPERLINK )

Mit der Anmeldung zur Vorwahl verknüpft man mehrere personenbezogene Daten und liefert sie zusammen mit einer politischen Aussage, nämlich dem Interesse an grüner Politik, Google und anderen Interessierten frei Haus.

#### **Inklusiv oder Exklusiv**

Wir Grünen setzen uns in allen Bereichen für Gleichberechtigung, Gleichstellung und Teilhabe von allen Menschen ein. Dies ist gleichsam richtig und wichtig.

Umso mehr verwundert es, dass man nun ein Verfahren startet das Personen ohne Handy und/oder Internet quasi ausschließt. Dies mag für uns in Deutschland kaum noch von Relevanz sein, in einigen Gebieten von Europa aber sehr wohl.

Eine Antwort auf diesen Widerspruch erfolgte bisher nicht.

Auch ist nicht ersichtlich, wie man das Verfahren öffentlich bekannt machen will. Das Freischalten der Homepage und die Ankündigung auf [www.europeangreens.eu](http://www.europeangreens.eu) wird die meisten Menschen kaum erreichen. Eine hohe Wahlbeteiligung, welche man sich bei der Onlinestimmabgabe wünscht, wird es damit kaum geben und somit ist ein Ziel des Verfahrens schon von Anfang an nicht erreichbar.

#### **Und Du?**

Ich möchte ausdrücklich niemanden von der Wahl abhalten Ich finde es aber wichtig, mit diesem Beitrag auf die Risiken und Probleme des von den EGP gewählten Durchführungsweges hinzuweisen. Eine Debatte darüber wäre im Vorfeld sinnvoll, wenn nicht gar notwendig gewesen. Leider fand diese selbst in netzpolitischen Kreisen des Bundesverbandes kaum statt. Andere Länder waren hier kritischer, so entschieden sich zum Beispiel die Grünen in Österreich, nicht am Verfahren teilzunehmen.

Nun läuft das Verfahren und am Ende werden wir zwei Spitzenkandidat\*innen haben, für die wir zusammen mit den anderen Kandidat\*innen im Frühjahr 2014 einen engagierten Wahlkampf machen sollten.

Denn dies ist nur eine Kritik an unserem internen Wahlverfahren, nicht an der Europawahl oder am Europaparlament.

#### **Redaktion:**

**Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Darmstadt-Dieburg**

Darmstädter Str. 1 64397 Modautal (Ernstthofen)

**Tel. 06167-913 579**

**Email: kv@gruene-dadi.de**

#### **Spenden und Beiträge an:**

Sparkasse Dieburg Konto 110 111 705 BLZ 508 526 51 oder

Postbank Frankfurt Konto 316 429 606 BLZ 500 100 60